

EU – Kanada: Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA – Comprehensive Economic and Trade Agreement)

Die Europäische Union und Kanada verhandeln seit 2009 über ein Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA), das den Handel mit Waren und Dienstleistungen weitestgehend liberalisieren und intensivieren soll. Zusätzliches Wirtschaftswachstum soll durch den Abbau bestehender Zölle (99 Prozent aller Zolltarifpositionen werden eliminiert) und nicht-tarifärer Handelshemmnisse entstehen.

Berechnungen der Europäischen Kommission (EK) und der kanadischen Regierung zeigen bei einer Umsetzung des Abkommens eine Steigerung des bilateralen Handelsvolumens mittelfristig um 23 Prozent, dies entspricht 26 Mrd. Euro. Insgesamt könnte ein jährlicher Zuwachs des BIP der EU um bis zu 11,6 Mrd. Euro und des kanadischen BIP von rund 8,2 Mrd. Euro durch CETA entstehen.

Die Bedeutung von CETA liegt auch in seiner beispielgebenden Wirkung für zukünftige Handelsabkommen. So enthält es Elemente, die aktuell zwischen den USA und der EU im Rahmen der TTIP-Gespräche verhandelt werden. Auch für das geplante Investitionsschutzabkommen zwischen China und der EU sowie für die Handelsgespräche EU - Japan ist es von Bedeutung.

DIE ZAHLEN, DIE CHANCEN

Für Europa:

- Kanada war im Jahr 2013 mit einem Handelsvolumen von 1,7 Prozent der zwölftwichtigste Handelspartner der Europäischen Union.
- 2013 war die EU nach den USA Kanadas zweitwichtigster Handelspartner mit einem Volumen von 9,8 Prozent des kanadischen Außenhandels.
- Der Wert des bilateralen Warenhandels zwischen der EU und Kanada betrug im Jahr 2013 rund 60 Mrd. Euro. Der Export von europäischen Waren nach Kanada wird von Maschinen, Fahrzeugen und chemischen Erzeugnissen dominiert.
- Mit Beständen von rund 402 Mrd. Euro bilden Investitionen einen Grundpfeiler der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Kanada. Der Direktinvestitionsbestand der EU in Kanada belief sich im Jahr 2012 auf 260 Mrd. Euro, umgekehrt betrug der Direktinvestitionsbestand Kanadas in der EU 142 Mrd. Euro. Somit ist die EU in Kanada der zweitgrößte Investor – Kanada wiederum der viertgrößte in der EU.

Für Österreich:

- Kanada ist nach den USA, China und Japan der viertwichtigste Überseemarkt für Österreich. 2013 erreichten die österreichischen Exporte nach Kanada einen Wert von 919 Mio. EUR und die österreichischen Importe aus Kanada 457 Mio. Euro.
- Der Direktinvestitionsbestand Österreichs in Kanada belief sich 2013 auf rund 1,5 Mrd. Euro, umgekehrt betrug der Direktinvestitionsbestand Kanadas in Österreich 2 Mrd. Euro.
- Etwa 1.000 österreichische Unternehmen verfügen über Geschäftsbeziehungen mit Kanada (ca. 100 Niederlassungen) und beschäftigen 2.767 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort.

AKTUELLER STAND/INHALT DES ABKOMMENS

Anlässlich des EU-Kanada-Gipfels am 26. September 2014 haben die Europäische Kommission und Kanada das Ende der Verhandlungen verkündet. Allerdings sind in einigen Staaten der EU Bedenken hinsichtlich des vereinbarten Investitionsschutzes geäußert worden. Es wird an der neuen Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten liegen, diesen Aspekt entweder neu zu beurteilen oder das bereits verhandelte Abkommen in seiner jetzigen Form zu belassen, wie etwa von der designierten EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström intendiert.

Zudem ist noch zu klären, ob es sich bei CETA um ein sogenanntes „Gemischtes Abkommen“ handelt. Dies hätte zur Folge, dass das Europäische Parlament, der zuständige Rat der Handelsminister sowie auch alle achtundzwanzig nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten zustimmen müssen.

DIE POSITION DER IV

DIE IV SPRICHT SICH FÜR DEN RASCHEN ABSCHLUSS UND UMSETZUNG DES CETA-ABKOMMENS AUS.

Durch die weitere wechselseitige Öffnung der Märkte in Form des Abbaus von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen sind positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte in Österreich und Europa sowie in Kanada zu erwarten.

Die Abschaffung der Zölle, die Liberalisierung von Dienstleistungen, die verstärkte Zusammenarbeit bei der Gestaltung von Normen und die damit einhergehende Beschleunigung von Produktzertifizierungsverfahren, die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen sowie der bessere Schutz „Geistigen Eigentums“ wie auch die Öffnung des öffentlichen kanadischen Beschaffungsmarktes werden mehr Handel und Investitionen, auch für österreichische Unternehmen, bedeuten.

ABBAU TARIFÄRER HANDELSHEMNMISSE (ZÖLLE)

Mit Inkrafttreten des Wirtschafts- und Handelsabkommens sollen die meisten Zölle wegfallen, 99 Prozent aller Zolltarifpositionen wären davon betroffen (100 Prozent im Industriebereich). Bei sensiblen europäischen Agrarprodukten wurden Marktzugangsquoten für Kanada vereinbart. Durch die Beseitigung der Zölle wird ein jährlicher EU-BIP-Anstieg von rund 2,8 Mrd. Euro sowie eine Entlastung der EU-Expoteure in der Höhe von 470 Mio. Euro jährlich erwartet.

ABBAU NICHT-TARIFÄRER HANDELSHEMNMISSE

Durch die Liberalisierung des kanadischen Dienstleistungssektors (Post, Telekom, Schiffstransporte, Finanzdienstleistungen usw.) und die Öffnung des öffentlichen Beschaffungsmarktes sowie der Beseitigung weiterer Handelshemmnisse wird mittelfristig ein EU-BIP-Zuwachs von jährlich 8,8 Mrd. Euro erwartet. Durch eine intensivierte Zusammenarbeit der zuständigen Normungsgremien sollen ebenfalls positive Effekte entstehen.

VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE

Künftig würde Kanada europäischen Anbietern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sowohl Zugang zu Ausschreibungen auf Bundesebene, als auch zu einzelnen kanadischen Provinzen und Territorien ermöglichen. Kanadische Bundesbehörden vergeben jährlich öffentliche Verträge im Umfang von rund 10 bis 13 Mrd. Euro. In Bezug auf die Provinzen sowie Territorien beliefen sich die ausgeschriebenen Verträge 2011 auf 80 Mrd. Euro, dies entspricht 7 Prozent des kanadischen BIP.

INVESTORENSCHUTZ BEI CETA

Die Europäische Kommission und Kanada haben sich auf Investitionsschutzbestimmungen geeinigt. Vor dem Hintergrund der laufenden TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)-Verhandlungen ist eine heftige Diskussion auch bezüglich des Investitionsschutzes bei CETA entbrannt. Die designierte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat sich zuletzt dagegen ausgesprochen, diese im Falle von CETA neu zu verhandeln, da ansonsten das gesamte Abkommen zu scheitern droht.

CETA wäre das erste Abkommen, bei dem die neuen UN-Vorschriften zur Transparenz bei Staat-Investor-Streitigkeiten (UNCITRAL) zur Anwendung kommen. Zudem sehen die Vertragsparteien in CETA die Möglichkeit vor, auf multilateraler Ebene einen Berufungsmechanismus einzurichten – diese Aspekte sind ein Fortschritt zu anderen Abkommen und entsprechen auch den Forderungen der IV hinsichtlich der Erhöhung der Rechtsqualität des Investor-state dispute settlement (ISDS).

SOZIALE UND UMWELTSTANDARDS/NAHRUNGSMITTELSICHERHEIT BEI CETA

Eine Absenkung sozialer und Umweltstandards sowie der Nahrungsmittelsicherheit als Folge von CETA und im Besonderen durch den Investitionsschutz sind in der EU und Österreich nicht möglich. Auch die Daseinsvorsorge ist von CETA nicht betroffen. Europäische und nationale Gesetzgebung kann in diesen Bereichen weder durch CETA noch durch den Investorenschutz ausgehebelt werden.

Hormonbehandeltes Fleisch darf nicht in die EU eingeführt werden. Hier zeigt sich die beispielgebende Wirkung für das TTIP-Abkommen deutlich.

INVESTORENSCHUTZ BEI TTIP

Bei den TTIP-Gesprächen sind die Verhandlungen zu den Investitionsschutzbestimmungen derzeit ausgesetzt. Die EK hat im Frühjahr einen öffentlichen Konsultationsprozess zu diesem Thema durchgeführt, der derzeit ausgewertet wird. Bezüglich TTIP hat die designierte EU-Kommissarin die Frage, ob Investitionsschutzbestimmungen enthalten sein sollen, offen gelassen. In einigen EU-Mitgliedstaaten besteht eine grundsätzlich kritische Haltung gegenüber dem ISDS.

SOZIALE UND UMWELTSTANDARDS/NAHRUNGSMITTELSICHERHEIT BEI TTIP

Die EK hat mehrfach betont, dass ein Absenken europäischer Standards oder Verhandlungen über die Daseinsvorsorge ausgeschlossen sind.

Generell gilt: Die Vertragsparteien können sowohl bei CETA als auch bei TTIP aufgrund des im Abkommen ausdrücklich verankerten „right to regulate“-Standards im eigenen Land insbesondere in den Kapiteln Nachhaltigkeit, Gesundheit, Sicherheit, Konsumenten-, Arbeits- und Umweltschutz nach eigenem Ermessen festlegen.